

Das ungarische Budget.

Von Walthar Febern.

Einige Monate nach der österreichischen Regierung hat nun auch die ungarische einen Staatsvoranschlag dem Reichstage unterbreitet, so wie in Oesterreich den ersten seit Ausbruch des Krieges. In Oesterreich, wo das Parlament nicht getagt hat, konnte sich auch niemand gegen die budgetlose Wirtschaft wehren. Für den Verzicht der ungarischen Abgeordneten auf das wichtigste Parlamentsrecht ist eine gleich fristige Rechtfertigung nicht vorhanden. Aber während der österreichische Staatsvoranschlag, im Zusammenhang mit den Staatsschulden-Ausweisen, Aufschluß über die staatliche Finanzwirtschaft im Kriege gibt, kann man dasselbe von dem Staatsvoranschlag, den der ungarische Ministerpräsident unterbreitet hat, nicht behaupten. Der österreichische Staatsvoranschlag berücksichtigt den ganzen ungeheuren Mehraufwand, den der Krieg verursacht an unmittelbaren Kriegskosten, an Kriegsfürsorge-Aufwendungen und an Erhöhung der sonstigen Ausgaben der staatlichen Verwaltungszweige und Betriebe. Der ungarische Staatsvoranschlag läßt nicht nur die Kriegsausgaben und Kriegsfürsorge-Ausgaben außer Betracht, sondern „auch die übrigen Teile unseres Staatsvoranschlages sind nicht in allen Stücken dem tatsächlichen Zustand entsprechend dargestellt, vielmehr spiegeln sich darin die Ausgaben und Einnahmen, wie sie unter normalen Verhältnissen wahrscheinlich sich gestalten würden.“ So sagt Dr. Weterle in seiner Expoé-Reede. Welchen Zweck es haben soll, im Kriege unter nicht normalen Verhältnissen Budgetziffern zu veröffentlichen, die richtig sein würden, wenn die Verhältnisse normal wären, ist nicht erkennbar. Da schon fast die Hälfte des Budgetjahres, für das der Staatsvoranschlag aufgestellt ist, unter nicht normalen Verhältnissen vorüber ist, und wenn der Friedensschluß noch so schnell kommen sollte, die andere Hälfte auch nicht normal sein wird, so haben die Ziffern des Voranschlages, die ja doch die mutmaßlichen Eingänge und Ausgaben in der Voranschlagsperiode darstellen sollen, jede Berechtigung und eigentlich auch jedes Interesse verloren. Abgesehen davon, daß heute nach den Umwälzungen der ganzen Wirtschaft durch den Krieg wohl niemand, auch Dr. Weterle nicht, abschätzen kann, wie die normalen Verhältnisse künftig aussehen und wie sich die Einnahmen und Ausgaben dann gestalten werden. Allerdings ist es bei solchen konstruierten Ziffern möglich, den Staatsvoranschlag mit einem Ueberschuß von 26 Millionen Kronen abzuschließen und das ist wohl der Zweck des sonderbaren Vorgehens gewesen. Ungarn ist heute von einem Milliardenrausch ergriffen. Seine Landwirtschaft hat im Kriege ungeheure Summen verdient, verhältnismäßig wohl viel mehr als Oesterreich, während Ungarn an den Kriegskosten quotenmäßig mit wenig mehr als einem Drittel teil hat. Daher herrscht in Ungarn ein außerordentlicher Optimismus, der sich eben so in der Expoé-Reede des Ministerpräsidenten wie in dem Glauben auf einen großen Aufschwung nach dem Kriege, in den hohen Kursen der alten Renten, in den Kapitalserhöhungen der Banken und Aktiengesellschaften und in dem Taumel an der Börse kundgibt, dem freilich schon eine starke Ernüchterung gefolgt ist. Diese gute Stimmung soll offenbar auch durch den Budgetüberschuß gefördert werden und es mag sein, daß dies gelingt. Aber die Zukunft wird sehr ernste Forderungen an die ungarische Volkswirtschaft stellen und es wird den Banlnotenreichtum erst durch eine zielbewusste Investitionstätigkeit nutzbar machen müssen, um die Kriegslasten aufzubringen, den auf Ungarn entfallenden Teil an der Wiederherstellung der Währung durch große ausfuhrfähige Ueberschüsse der Produktion zu leisten. Dazu bedarf es ernster Arbeit und dieser Ernst wird unseres Erachtens nicht gefördert, wenn die Wirtschafts- und Finanzlage von der Regierung durch künstliche Beleuchtung allzugünstig dargestellt wird.

Daß dies geschieht, geht aus den angeführten Bemerkungen des Ministerpräsidenten zu seinem Budget hervor. Es im Detail nachzuweisen, ist nicht möglich, weil nur die Schluszziffern des Budgets mit unzureichendem Kommentar vorliegen. Wenigstens in den in deutscher Sprache erscheinenden Budapest Blättern sind nicht einmal die Ziffern der einzelnen Ressorts angeführt, offenbar wegen des herrschenden Papiermangels. Die gegenwärtige Regierung hat das Budget, das von dem Kabinett des Grafen Esterhazy aufgestellt worden war, durch die seither eingetretenen Erfordernisse und Einnahmen ergänzt. Es schließt nun folgendermaßen ab:

	1917/18	gegen 1914/15
	in Millionen Kronen	
Ordentliche Ausgaben	3016.95	+ 1188.31
Transitorische Ausgaben	189.25	+ 89.18
Investitionen	236.48	+ 1.09
Gesamtausgaben	3442.68	+ 1178.58
Ordentliche Einnahmen	2926.96	+ 973.11
Außerordentliche Einnahmen	541.94	+ 231.63
Gesamteinnahmen	3468.90	+ 1204.74
Ueberschuß	26.22	+ 26.16
Defizit der ordentlichen Gebarung —	89.93	+ 165.20

Von der Ausgabensteigerung im ordentlichen Budget entfallen 689,84 Millionen K. auf die Zinsen der Kriegsanleihen, wobei für die sechste Kriegsanleihe und die letzte Schatzscheine-Emission sowie für die in Emission befindliche siebente Kriegsanleihe nur halbjährige Zinsen mit 134,92 Mill. K. verrechnet sind. Wie sich die sonstigen Mehrausgaben von rund 450 Mill. K. verteilen, kann nicht genau festgestellt werden. Sie treffen wohl alle Ressorts, die größte Einzelpost betrifft die Staatsbahnen mit 56,8 Mill. K. Mehrausgaben. An der Einnahmensteigerung ist das Finanzministerium mit rund 630 Mill. K., die Tarif-erhöhung der Eisenbahnen mit 166 Mill. K. beteiligt. Es

ist nicht uninteressant, daß der Ertrag der Einkommensteuer, die im österreichischen Voranschlag mit 241 Mill. K. präliminiert ist, nur mit 50 Mill. K. beziffert ist, während aus der Vermögenssteuer, die Oesterreich noch nicht eingeführt hat, 32 Mill. K. erwartet werden. Natürlich ist das keine Vermögenssteuer in der Art, wie sie sich ernste Finanzpolitiker in Oesterreich denken, die dieser Steuer eine große Rolle bei der endgiltigen Aufbringung der Kriegskosten beimessen. Ungarn hat seinen erhöhten Geldbedarf bisher überwiegend durch indirekte Abgaben, Erhöhung der Branntweinsteuer, der Monopolpreise, der Eisenbahntarife gedeckt. Immerhin wird jetzt auch ein Kriegszuschlag von 60 Prozent zu verschiedenen Ertragssteuern vorgeschlagen, der nur mit 148 Mill. K. veranschlagt wird (die korrespondierenden Zuschläge in Oesterreich tragen weit mehr als 200 Mill. K.), und Ungarn hat durch Einführung der Einkommensteuer und Reform anderer Steuern sein Steuersystem mehr dem österreichischen genähert, als vorher der Fall war. Es ist zu wünschen, daß dies in weit höherem Maße geschieht als bisher. Oesterreichs Steuerpolitik wird nach verschiedenen Richtungen sehr behindert, wenn Ungarn die Sanierung des Budgets verschiebt oder auf Wegen sucht, die in dem sozial fortschrittlicher gesinnten Oesterreich nicht angängig sind.

Der ungarische Finanzminister hat auch die Kriegskosten der ersten drei Budgetjahre mit 15.607 Mill. K. angegeben, das sind nur die reinen Militärkosten. Die Ausgaben für Kriegsfürsorge, Flüchtlingswesen usw., die im österreichischen Budget mit so enormen Ziffern erscheinen, sind nicht darin. Es wird nur eine Ziffer von rund 150 Mill. K. für Kriegsunterstützungen pro 1917/18 genannt, die natürlich beidem nicht den ganzen Aufwand darstellen kann, wenn er auch in Ungarn viel geringer ist als in Oesterreich. Auch hier zeigt sich die Unzulänglichkeit der ungarischen Berichterstattung über die Finanzlage. In Oesterreich sind bis Ende Juni 1917 rund 40 Milliarden K. Kriegsschulden gemacht worden, damit korrespondieren natürlich ungefähr die Kriegskosten und anderen durch regelmäßige Einnahmen nicht bedeckten Ausgaben des Krieges. In Ungarn müsse sie ungefähr nach dem Quotenverhältnis gehalten, also mindestens 20 Milliarden K. betragen haben.